Das Versagen des U-Bootkrieges.

(Aus der Frankfurter Zeitung.)

Die Erklärung des U-Bootkrieges war ein schwerer politischer Fehler der Kriegsführung. Darüber besteht längst kein Zweifel mehr. Dieser Fehler hätte durch einen raschen und vollständigen Erfolg des Unternehmens vielleicht der schlimmsten Wirkungen beraubt werden können. Verhängnisvoll aber war es, daß er auf einer ungenügenden technischen Grundlage begonnen wurde. Durch frühere Enthüllungen ist schon bekannt geworden, wie groß das Mißverhältnis zwischen der vorhandenen Anzahl von Booten und dem von ihnen zu bestreichenden ausgedehnten Kriegsschauplatz gewesen war. Zu keinem Zeitpunkt verfügte die Marine über eine U-Bootflotte, die im Stande gewesen wäre, den gestellten Anforderungen zu genügen. Zu diese Frage der mangelhaften Organisation des Unternehmens liefert Admiral Scheer in seinem bei August Scherl erscheinenden Buch „Deutschlands Hochseeflotte im Weltkriege" neue Beiträge. Wir geben dem Admiral selbst das Wort:

„Am 28. Juli (1918) wurde ich in das Große Hauptquartier nach Spaa befohlen; Admiral v. Holtzendorff hatte von neuem auf ärztliches Anraten Sr. Majestät die Bitte um Enthebung von seiner Stellung vorgelegt, der nun entsprochen wurde. (Unsres Wissens nahm Holtzendorff in dieser Sitzung seinen Abschied, weil seine Forderung auf Erklärung des Sperrgebietes an der amerikanischen Küste nicht durchdrang. Red.) Gleichzeitig stand die Frage der Ausdehnung des U-Bootkrieges nach Amerika zur Entscheidung. Der Admiralstab war sehr stark für die Erklärung eines Sperrgebietes an der amerikanischen Küste eingetreten, weil dies Vorbedingung für die erfolgreiche Durchführung des U-Bootkrieges war. Da die hauptsächlich in Frage kommenden Ausfuhrhäfen alle auf einer etwa 300 Seemeilen langen Strecke lagen, glaubte man den Verkehr dort leichter fassen zu können. Die Truppentransporte, die umfangreiche Zufuhr von Amerika nach dem westlichen Kriegsschauplatz und der sehr lebhafte Küstenverkehr von Südamerika nach Nordamerika sollten im amerikanischen Sperrgebiet durch die U-Boote angegriffen werden.

Der Staatssekretär des Auswärtigen hatte gegen die Erklärung des Sperrgebietes starke Bedenken. Wenn Chile und Argentinien dadurch veranlaßt würden, noch zur Entente überzugehen, so würde Spanien folgen, und das war das einzige Land, welches noch die Interessen der Deutschen im Auslande wahrnahm. Ganz abgesehen von den politischen Gründen, die der Staatssekretär des Auswärtigen vorgebracht hatte, versprach ich mir keinen Nutzen davon, den Krieg an die amerikanische Küste zu tragen; denn eine Sperrgebietserklärung verpflichtete auch zu starker, durchschlagender Kriegsführung. Wir konnten aber nicht darauf rechnen, mehr als drei Boote bis Ende des Jahres dort dauernd zu stationieren. Damit war kein großer Erfolg zu erwarten, zumal noch die lange Ueberfahrt der Boote hinzukam. Das Hinübertragen des Krieges nach Amerika selbst eröffnete außerdem Aussichten auf eine Erweiterung des Krieges, die nicht im Verhältnis zu unseren Kräften stand. Unser Kampf war ein Verteidigungskampf in Europa. Die Einmischung Amerikas in diesen Streit stand mit den besten amerikanischen Ueberlieferungen im Widerspruch. Es gab sicherlich eine große Menge urteilsfähiger Amerikaner, die bei nüchterner und gerechter Beurteilung aller Verhältnisse, die zum Weltkrieg geführt hatten, die Beteiligung Amerikas daran nicht billigten. Vielleicht erinnerten sie sich auch ihrer eigenen Unterdrückung und Freiheitsberaubung durch das englische Mutterland und an den Kampf um ihre Unabhängigkeit, den sie mit deutscher Unterstützung zum siegreichen Ende geführt hatten. Wenn an den französischen und englischen Küsten amerikanische Truppen zu Schaden kamen, so war das die unvermeidliche Folge der amerikanischen Einmischung in die europäischen Streitigkeiten.

Ganz anders aber mußte die Stimmung im Lande gegen uns aufgebracht werden, wenn wir ein Unternehmen begannen, für dessen erfolgreiche Durchführung uns doch die Kräfte fehlten und das dabei nur eine unnütz aufreizende Wirkung haben mußte. Die drei U-Boote an der amerikanischen Küste konnten keine wesentliche Verbesserung unserer U-Boot-Erfolge bringen. Die Entscheidung im U-Bootkrieg fiel einzig und allein durch die Frachtraumnot, und mußte im Hauptsperrgebiet um England gesucht werden.

Der Befehlshaber der U-Boote stimmte mit mir darin überein, daß jede Möglichkeit der Leistungssteigerung in diesem Gebiet ausgenutzt werden müsse. Aus allen Meeren strömte der Verkehr bei den britischen Inseln zusammen. Hier konnte er empfindlicher getroffen getroffen werden, als wenn man, den weitverzweigten Straßen nachgehend, ihn an den Ausgangspunkten zu fassen suchte. Auch wurde die durch amerikanische Transporte drohende Gefahr nicht abgewehrt, wenn ein Transport gelegentlich einem U-Boot bereits an der amerikanischen Küste zum Opfer fiel. Die Transporte konnten durch den gefährdeten Küstenstreifen doch leicht die freie See, unter Bedeckung oder bei Nacht, gewinnen. Die Schwierigkeit, aus dem ganzen Schiffsverkehr gerade die Transportdampfer herauszuschießen, hatte sich schon im englisch-französischen Sperrgebiet, wo alle Verkehrsstraßen aus dem Ozean zusammenmünden, gezeigt. Hatte man dazu die französischen Südhäfen stärker besetzt, wie es oft versucht war, dann wurde der Verkehr von dort einfach umgeleitet, sobald sich U-Bootgefahr zeigte, und die Boote standen umsonst auf Station, ohne Ertrag im Handelskrieg zu erzielen. Nur die Tätigkeit im Hauptgebiet um England konnte die immer stärker anwachsende Frachtraumnot, die ihre Wirkungen nach den verschiedensten Richtungen hin ausstrahlte, so steigern, daß uns der Erfolg sicher war. Deshalb blieben aber die französischen Häfen nicht gänzlich unbewacht, namentlich die Minenboote waren vor ihnen tätig. Der Zuwachs an seetüchtigen und leistungsfähigen U-Kreuzern, die monatelang auf Station bleiben konnten, sollte uns eine Verbesserung unseres Verfahrens gegen den englischen Geleitzugsverkehr bringen. Sie waren imstande, die Geleitzüge schon weit in See aufzusuchen, an ihnen Fühlung zu halten und eine größere Zahl von U-Booten heranzuholen, sobald man sich deren Tätigkeitsgebiet näherte. Die Versuche eines gemeinschaftlichen Zusammenwirkens der kleineren U-Boote ohne U-Kreuzer waren bisher daran gescheitert, daß es an geeigneten Booten für die Leitung gefehlt hatte.

Das Prinzip des Aufklärungs- und Fühlungshaltens, das auch die Ueberwasserstreitkräfte anwenden, hatte uns schon lange als das Ideal für den U-Bootkrieg vorgeschwebt. Jetzt bot sich die Möglichkeit dazu, die wir nicht durch Abzweigung der geeigneten Fahrzeuge auf ein entlegenes Operationsgebiet versäumen durften. Das war für mich der ausschlaggebende militärische Grund, von einer Sperrgebietserklärung gegen die amerikanische Küste abzuraten, die infolgedessen auch unterblieb. Der Obersten Heeresleitung war es an und für sich gleichgültig, welche Methode die Marine anwandte, wenn sie nur Erfolg dabei erzielte. Ihrem Verlangen, mehr Transportdampfer zur Strecke zu bringen, konnte nur dadurch entsprochen werden, daß die Versenkungen im ganzen gesteigert wurden. Das U-Boot muß annehmen, was ihm vors Rohr kommt. Natürlich sicherte der Feind die Transportdampfer auch ganz besonders stark und ließ sie die Gefahrzone zu einer für den U-Bootangriff möglichst ungelegenen Zeit passieren. Je mehr Dampfer im ganzen ausfielen, um so größer war die Wahrscheinlichkeit, auch Transportdampfer mitzutreffen. Wir näherten uns dem Kriegsziel mit dem U-Bootkrieg schneller, wenn das Sperrgebiet um England und an der französischen Küste unter möglichst starkem Druck gehalten werden konnte, als wenn eine Erweiterung des Sperrgebiets durch Einbeziehung der amerikanischen Küste vorgenommen wurde."

Der Admiral schildert nun die Schaffung einer besonderen Befehlsstelle „Seekriegsleitung" im Großen Hauptquartier und fährt fort:

„Am 12. August begab ich mich in das Hauptquartier des Generalfeldmarschalls, um mich ihm in meiner neuen Stellung vorzustellen und mit ihm und General Ludendorff die Lage und die Absichten der weiteren Kriegführung zu besprechen. Beide Herren standen unter dem Eindruck des Ernstes der Ereignisse, die am 8. August eingetreten waren und unsere Landkriegführung in ausgesprochene Defensive gedrängt hatten. Sie erkannten beide an, daß die Hoffnung auf einen günstigen Kriegsausgang jetzt hauptsächlich auf die erfolgreiche Offensive der U-Boote gestellt sei, und auch General Ludendorff versprach, trotz der großen Personalnot, unter der die Armee litt, sein Möglichstes zu tun, um sie weiter ausbauen zu helfen.

Bis für die Uebersiedelung des Stabes der Seekriegsleitung die nötige Unterkunft in Spaa geschaffen war, wurde der Geschäftsbetrieb des Admiralstabes auf die neue Umgruppierung eingerichtet und die einleitenden Schritte für die geplante Förderung des U-Bootkrieges getan. Die Ergebnisse der letzten Monate des U-Bootkrieges hatten gezeigt, daß die Einzelerfolge der U-Boote ständig abnahmen. Hervorgerufen war das Sinken der Erfolgziffer hauptsächlich durch vervollkommnete und verstärkte feindliche Abwehrmaßnahmen sowie durch den Verlust alter und bewährter Kommandanten. Bei dem jetzigen Stande des U-Bootbaues war trotz des in Aussicht stehenden Zuwachses an U-Booten zu erwarten, daß die monatlichen Versenkungsziffern, die bereits auf 500,000 Tonnen zurückgegangen waren, weiter sinken würden infolge der nach allen Nachrichten stetig steigenden Schiffsneubauten war zu befürchten, daß diese in absehbarer Zeit die Versenkungen übersteigen würden. Der Erfolg des U-Bootkrieges konnte dadurch ganz erheblich gemindert werden. Mit der Defensive allein konnten wir nicht zu einem brauchbaren Frieden kommen. Es war daher eine unerläßlichen Notwendigkeit, unser einziges Offensivmittel mit aller Deutschland zur Verfügung stehender Kraft so auszubauen, um zu unserm Ziel, einen brauchbaren Frieden, zu kommen. Auch für die Friedensverhandlungen erschien es vorteilhaft, daß wir in Gestalt einer starken U-Bootwaffe unseren Feinden gegenüber ein Druckmittel in der Hand hatten.

Großes im U-Bootkrieg konnte aber nur geleistet werden, wenn sich die ganze Industrie Deutschlands in den Dienst der Aufgabe stellte. Ich hatte mich mit den führenden Persönlichkeiten der Industrie in Verbindung gesetzt und in einer gemeinsamen Besprechung mit ihnen und dem Reichsmarineamt folgende Monatsleistung als Zuwachs an U-Booten als notwendige Forderungen aufgestellt: Im letzten Vierteljahr 1918 je 16, im ersten Vierteljahr 1919 je 20, im zweiten Vierteljahr 1919 je 25, im dritten Vierteljahr 1919 je 30. Vom U-Bootamt hatte ich auf meine Frage, warum im Januar 1917, als der uneingeschränkte U-Bootkrieg beschlossen war, nicht mehr Boote, als tatsächlich geschehen, im Bau gegeben worden seien, die Antwort erhalten:

„Auf Grund des Beschlusses des verschärften U-Bootkrieges ist eine großzügige U-Bootbestellung nicht erfolgt. Im Februar 1917 sind lediglich 6 U-Boote des Normaltyps, 45 U-B.-Boote und 3 Handelsboote bestellt worden. Eine größere Bestellung von 95 U-Booten erfolgte erst im Juni 1917."

Eine bestimmte Auskunft über den Grund dieser Baupolitik war nicht zu erhalten, jedenfalls war sie stark beeinflußt worden durch die vom Chef des Admiralstabes vertretene Auffassung, daß der U-Bootkrieg innerhalb einer bestimmten Frist seine Wirkungen erzielen würde und die vorhandenen Boote dazu ausreichten. Auch herrschte im Reichsmarineamt die Auffassung, daß man der Leistungsfähigkeit der Industrie nicht mehr zutrauen könne.

Nach Gründung des U-Bootamts am 5. Dezember 1917 wurden noch in demselben Monat vom U-Amt 120 Boote vergeben und im Januar 1918 220 weitere Boote. In den einzelnen Monaten des Jahres 1918 waren die Lieferungszahlen noch bedingt durch die bisherige Baupolitik:

Januar 3, Februar 6, März 8, April 8, Mai 10, Juni 12, Juli 9, August 8, September 10 Boote.

Mit diesen Zahlen wurde zwar der Abgang gedeckt, aber kein erheblicher Zuwachs an Bestand erzielt. Um die Leistung wieder auf über 500,000 Tonnen monatlich zu steigern, brauchten wir eine höhere Ablieferungsziffer als durchschnittlich etwa 8 Boote im Monat. Auf eine weitere Frage, ob es dem U-Amt möglich gewesen wäre, die Zahl der Boote zu steigern, und, falls ja, welche Widerstände dem entgegengewirkt hätten, erhielt ich Aufschluß:

„Das U-Amt war unablässig bestrebt, die Zahl der Boote zu steigern und hatte lediglich durch Arbeiterzuweisung eine Steigerung der monatlichen Belieferungen bis auf 23 Boote bis Ende 1919 vorgesehen. Der Hinderungsgrund lag in der Arbeiterzuweisung. Obwohl das Kriegsamt alles nur Mögliche tat und das U-Amt unablässig drängte, war es nicht möglich, von der O. H. L. die erforderlichen Arbeiter nach Zahl und Qualität zu erlangen."

Ein Telegramm der Obersten Heeresleitung vom Juni 1918 begründete die Ablehnung wie folgt:

„Durch das Kriegsamt erfahre ich, daß das Reichsmarineamt für Kaiserl. Werften Danzig, Wilhelmshaven und Reiherstiegwerft Hamburg sofortige Bereitstellung vor 200 Facharbeitern und zum 1. Oktober weitere fast 900 Facharbeiter gefordert hat. Dem Heere können Arbeitskräfte nicht mehr entzogen werden, die Heimat muß dem Heere in erhöhtem Maße Ersatz zuführen, ist aber bei weitem nicht imstande, damit die Verluste zu ersetzen. Die Ersatzgestellung für das Heer ist zur Zeit das dringendste Gebot der Stunde. Infolgedessen wird eine Abgabe von Facharbeitern aus der Heimat kaum möglich sein. Daher bitte ich erneut, die Arbeiterverhältnisse eingehend zu prüfen und sich nach Möglichkeit aus den eigenen Beständen selbst zu helfen. Auch hatte ich die Verwendung von Fachpersonal aus neutralen Staaten und besetzten Gebieten (Reval, Libau usw.) in Betracht zu ziehen."

Ich war schon als Flottenchef mit verschiedenen Anträgen auf Besserstellung der Kaiserl. Werften mit Arbeitskräften mit der Entgegnung abgewiesen worden, daß die nötigen Arbeiter nicht aufzubringen wären und hatte daraus den Eindruck gewonnen, daß zwischen den obersten Marinestellen in Berlin und der Obersten Heeresleitung nicht die notwendige enge Verbindung bestand, um die beiderseitigen Bedürfnisse so abzuwägen, daß das gemeinschaftliche große Ziel mit Sicherheit erreicht werden konnte. Das war für mich auch der ausschlaggebende Grund gewesen, durch dauernde Verbindung im Großen Hauptquartier mit der Obersten Heeresleitung die personellen und materiellen Kräfte des Landes da anzulegen, wo ihnen die größte Ausnutzungsmöglichkeit blühte."

Admiral Scheer führt nun noch aus, daß die Heeresleitung erst durch die schweren Ereignisse des Sommers 1918 sich bestimmen ließ, der Marine, die 40 bis 60,000 Arbeiter für die Werften gefordert hatte, entgegenzukommen. Für die Bereitstellung des militärischen Personals der U-Boote mußte auf den Personalstand der Flotte zurückgegriffen werden. Das Kommando wurde einheitlich gestaltet. Aber die militärischen Vorgänge ließen den neuen Plänen keine Zeit zur Reife mehr.

„Vor dem Kriege." Lord Haldane's neues Buch.

Von **Lujo Brentano.**

II. (Schluß.)

Englands Anteil an der Schuld am Kriege.

Ist Haldane in seinem Buche „Before the War" in der Abwehr der seitens der Northcliffe-Presse gegen ihn gerichteten Angriffe siegreich, so kann das, was er gegen den Vorwurf der Pazifisten vorbringt — daß das englische Kabinett nicht genug für die Wahrung des Friedens getan habe —, die Kritik nicht bestehen. Wenn er wiederholt ausspricht, daß nahezu jeder Krieg vermieden werden könne, so hat die englische Regierung nicht das getan, was allein den Krieg hätte abwenden können. Der Krieg zwischen England und Deutschland mußte kommen, solange England seinen Anspruch auf Beherrschung der Meere aufrechterhielt, und er wird jetzt, da Deutschland als kriegführende Macht ausgeschaltet ist, zwischen Amerika und England und vielleicht dereinst zwischen Japan und Amerika kommen, falls dieses England besiegen und dann die Seeherrschaft für sich beanspruchen sollte; denn die Welt vermag es nicht zu ertragen, daß eine Nation die Herrschaft über den großen Verkehrsweg der Menschheit an sich reißt.

Die Forderung, daß England auf die Seeherrschaft verzichte, gilt allerdings der heutigen öffentlichen Meinung in England nahezu als Hochverrat. Seit Eduard III. haben die Engländer den Anspruch auf Beherrschung der See erhoben; unter Cromwell haben sie ihn durchgesetzt; selbst der von Ludwig XIV. bezahlte Karl II. hat nicht gewagt, ihn ihm gegenüber preiszugeben, denn, wie er ihm antwortete, wäre er sonst sofort gestürzt worden; während des ganzen 18. Jahrhunderts hat England mittels seiner Seeherrschaft gleich einem Seeräuber Seehandel getrieben; zur Zeit Napoleons hat es, obwohl im Frieden mit Dänemark, zur Aufrechterhaltung seiner Seeherrschaft die dänische Flotte geraubt; daß dieser Geist auch heute noch seine Flotte beseelt, zeigt das Bekenntnis Lord Fishers, daß er Eduard VII. geraten hat „to Copenhague the German Fleet", d. h. ohne Kriegserklärung die deutsche Flotte in Kiel zu überfallen und wegzunehmen. Auch Lord Haldane hält in seinem Buche an der These von der Unentbehrlichkeit der englischen Seeherrschaft fest, wenn England seine Lebensinteressen nicht preisgeben wolle; ohne sie würde die Insel nicht gegen Invasion, ihre Bewohner nicht gegen Aushungerung, ihr Handel nicht vor Vernichtung geschützt sein. Daher seine Rechtfertigung des englischen Flottenprogramms: für jedes Schiff, das Deutschland baut, baut England zwei.

Und doch hat ein großer Engländer, als dessen Anhänger Lord Haldane sich sonst bekennt, schon vor etwa achtzig Jahren dargetan, daß England die Seeherrschaft nicht nur entbehren könne, sondern der Anspruch darauf es immer und immer wieder in Kriege verwickeln müsse, die für England selbst wie für die ganze Welt verhängnisvoll sein würden. Ich erinnere an das, was Richard Cobden schon als junger Mann (siehe „The political writings of Richard Cobden, 1867, I. 284—339) darüber geschrieben hat, und an das, was er im Zenith seines Ruhms, am 10. April 1862, an Henry Ashworth zugunsten der Freiheit der Meere schrieb. Er verstand darunter: 1. Beseitigung des Seebeuterechts in Kriegszeiten; 2. Beschränkung der Blockaden auf Arsenale und solche Städte, die gleichzeitig von der Landseite belagert werden, mit Ausnahme von Waren, die Kriegskonterbande sind; 3. Beseitigung des Visitationsrechts der Schiffe von Neutralen in Kriegszeiten. Diese drei Forderungen hat Cobden als integrierenden Teil des Freihandels erklärt. „Ich will," so schloß er, „nur noch hinzufügen, daß ich diese Aenderungen als das notwendige Korrelat der Beseitigung der Navigationsgesetze, der Abschaffung der Kornzölle und der Preisgabe des Kolonialmonopols erachte. Wir haben die Herrschaft der Gewalt verworfen, um dem Grundsatz der Freiheit zu vertrauen, der ungebundenen, der unbedingten Freiheit. Unter diesem neuen Regime hat unser nationaler Reichtum zugenommen wie noch niemals zuvor. In den letzten vierzehn Jahren ist die Zunahme unseres Handels größer gewesen als seine Gesamtzunahme während der vorausgegangenen tausend Jahre, die auf Gewalt, List und Monopol sich stützten."

Lord Palmerston und Lord John Russell aber, die sich nach langem Zögern zum Freihandel bekehrt hatten, haben sich nie zu der von Cobden als unentbehrlichen Bestandteil des Freihandels geforderten Reform des Seekriegsrechts verstehen wollen. Sie und die übrigen, für die äußere Politik Englands maßgebenden Staatsmänner sind es gewesen, welche dieser Reform, so oft sie auf internationalen Kongressen der Staaten in Anregung kam, den heftigsten Widerstand entgegengesetzt haben. Zwar haben sie auf das Recht, in einem Seekrieg Schiffe von Privaten mit Kaperbriefen auszustatten, verzichtet. Nur die Staaten mit einer minderwertigen Kriegsflotte haben an dieser privilegierten Seeräuberei festgehalten. England mit seiner Flotte, die der aller übrigen Mächte überlegen ist, glaubte selbst der Kaperschiffe entbehren, dagegen von der Abschaffung derselben durch andere nur Vorteil ziehen zu können. Dagegen ist es England gewesen, an dessen Widerstand die Beseitigung des Blockaderechts, des Besichtigungs- und Durchsuchungsrechts und die Reform des Prisenrechts, kurz der Schutz des Privateigentums zur See von 1856 bis heute gescheitert ist. Mit seiner überlegenen Kriegsflotte erwartete es, den Handel der mit ihm in Krieg befindlichen Nationen in kürzester Zeit nach Ausbruch des Krieges ruinieren und sich so nicht nur seine Uebermacht zur See, sondern auch seine Handelsherrschaft für alle Zeiten sichern zu können. Das hat schon 1861 Lord Russell ausdrücklich erklärt, und in einem am 16. Januar 1897 veröffentlichten Aufsatz hat das noch 1870—71 so deutschfreundliche und als Vertreter hoher sittlicher Ziele ausgezeichnete Wochenblatt „The Spectator" die Folgen eines deutsch-englischen Krieges folgendermaßen ausgemalt:

„Mit der Kriegserklärung würde die ganze deutsche Handelsflotte England auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein, und schon in der ersten Woche nach Beginn des Krieges hätte dadurch Deutschland einen Verlust von vielen Millionen Pfund Sterling erlitten. Weiter würde England die deutschen Handelshäuser im Ausland vernichten und damit das Reich einer Stütze im Welthandel berauben. Der völlige Zusammenbruch der großen deutschen Dampfergesellschaften wäre unvermeidlich. Die Blockade aller deutschen Häfen in der Ostsee und Nordsee würde nicht schwierig sein; Deutschland hat nur kurze Küstenlinien und seine Hafeneinfahrten sind ganz besonders leicht zu sperren. Der dadurch bewirkte Verlust des deutschen Seehandels käme einer baren Geldbuße von wenigstens zwei Milliarden Mark gleich, während England so gut wie nichts verlieren würde."

Das ist der Geist jener tapferen arroganten, findigen Männer mit der Moral eines Seeräubers, die das englische Imperium seit dem 16. Jahrhundert begründet haben; und wie um dem deutschen Volk praktisch vor Augen zu führen, von welchen Gefahren sein Wohlstand durch den Fortbestand des Besichtigungs-, Durchsuchungs- und Prisenrechts selbst in Kriegen Englands mit dritten Völkern bedroht sei, hat die Beschlagnahme des Dampfers „Bundesrath" im Jahre 1899 stattgefunden.

Lord Haldane selbst ist Freihändler. Er erzählt in seinem Buche, wie er 1906 dem Kaiser dargelegt habe, wie der Freihandel die Beziehungen zwischen England und Deutschland freundlich gestalten würde, und daß der Kaiser geantwortet habe, auch nach seiner Meinung sei der Freihandel die für Deutschland richtige Politik, und wie selbst Fürst Bülow, dessen Hochschutzzolltarif gerade damals praktisch ins Leben trat, Haldanes Darlegung zugestimmt habe, daß der freie Austausch zwischen Deutschland und England und den englischen Besitzungen zu freundlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und einem großen Aufschwung führen werde. Aber auch Haldane hat nicht wie seine Vorgänger auf dem Wollsack, Lord Loreburn und eine Unzahl englischer Industrieller und Kaufleute, den Freihandel im Sinne seines Apostels Cobden gefaßt. Er hat nicht im Sinne des Briefes Cobdens an Ashworth Deutschland das Anerbieten gemacht, im Verein mit ihm die Tradition Sir Robert Peels und der alten preußischen Handelspolitik wieder aufzunehmen, gemeinsam mit ihm für die Annahme einer Freihandelspolitik seitens aller Länder zu wirken und dafür auf alle Ansprüche Englands auf Seeherrschaft zugunsten einer internationalen Seepolizei zu verzichten. Dieser Verstoß Englands gegen sein eigenes Prinzip ist sein Anteil an der Schuld am Kriege.

Zum Schluß muß ich noch folgendes zum Buche Haldanes bemerken. Dieser ist ein viel zu guter Kenner Deutschlands und ein viel zu wahrheitsliebender Mann, als daß er nicht der englischen Deutschenhetze, welche die Deutschen als „Hunnen" hinstellt, entgegenträte. Wiederholt spricht er aus, daß das englische und das deutsche Volk viel mehr Gemeinsames als Unterscheidendes haben, und daß sie von allen Völkern einander am nächsten stehen; nur in einem seien sie verschieden: die Engländer seien durch eine vielhundertjährige freiheitliche Entwicklung dahin erzogen, sich am öffentlichen Leben unter fortwährender Kritik dessen, was ihnen von oben zugemutet wird, selbständig zu betätigen; die Deutschen seien durch ebenso langes Schalten der Bureaukratie gewohnt, alle Entscheidungen im öffentlichen Leben von oben zu erhalten und, wo solche Direktion fehlt, oft nahezu hilflos. Diese Geistesverfassung, die mit geringer gelegentlicher Unterbrechung bis in die Tage Friedrichs des Großen (er hätte viel weiter zurückgreifen sollen!) zurückgehe, habe manche zu der Meinung gebracht, das deutsche Volk als Ganzes leide an einer doppelten Dosis von Erbsünde. Haldane erklärt dies für irrig selbst da, wo die deutschen Soldaten sich außergewöhnlicher Brutalität in den Methoden ihrer Kriegsführung schuldig machten. Ihre Geistesverfassung lasse sie stets nach Befehlen ihrer Vorgesetzten blicken, und ihre Brutalität entspreche der Meinung des deutschen Generalstabs, die beste Methode, den Krieg zu kürzen, sei, den Krieg dem Feinde möglichst furchtbar zu machen; der Generalstab aber sei eine Körperschaft, deren Entscheidungen, soweit Haldanes Beobachtung gehe, selbst der Kaiser stets sich gefügt habe. Dem gegenüber muß aber gesagt werden, daß hinsichtlich der Brutalität der Kriegsführung sowohl im Prinzip als auch in dessen Betätigung gleichfalls kein Unterschied zwischen Engländern und Deutschen besteht. Ich verweise auf die neueste Leistung der englischen Truppen. Als die Soldaten des General Dyers in Amritzar in Indien, ohne vorausgegangene Aufforderung auseinanderzugehen, in eine öffentliche Versammlung von Indern hineinschossen, dabei fünfhundert töteten und noch weit mehr verwundeten, die Verwundeten mitleidslos sich selbst überließen, zahllose Personen, darunter Knaben, nackt auszogen, öffentlich auspeitschten und allen Bewohnern verboten, die Straße, in welcher eine Engländerin mißhandelt worden war, anders als auf allen Vieren rutschend zu passieren, haben die vor Gericht vernommenen englischen Generale diese unübertroffenen Brutalitäten, ganz nach dem von Haldane angegebenen Prinzip des deutschen Generalstabs, gerechtfertigt. Es war eine vergrößerte Ausgabe des Marloh-Prozesses.

Im übrigen ist Haldane nichts weniger als Deutschenfeind. Er liebt die Deutschen, ihren Geist, ihre Literatur, bewundert sie in ihrem Schaffen, stellt ihre industrielle Tüchtigkeit seinen Landsleuten als nachahmendes Muster hin und hat in der Zeit vor dem Krieg viel dazu getan, daß das auf seinen früheren Erfolgen eingeschlafene und von den Deutschen vielfach überflügelte England durch systematische Erziehung nach deutschem Vorbild wieder ertüchtigt werde. Er glaubt an die Wiederauferstehung des deutschen Volkes, wenn es zu seinen alten Traditionen zurückkehre, er wünscht sie aufs innigste, da ohne sie Europa verloren sei, und befürwortet als dazu führend, daß Engländer und Deutsche sich mehr und mehr kennen lernen.

Ihr Stolz.

Wirtin (als der Gast ein unendlich langes Haar aus der Suppe zieht, stolz): „Gelt, da schaug'n's, dös ist von mir!"

Die beste Frau wird leicht boshaft, wenn sie von ihrer besten Freundin spricht.

Der Prozeß Caillaux.

Von **Victor Auburtin.**

Von den Senatoren, die jetzt Caillaux' Richter in Paris sein sollen, haben sich beim Namensaufruf 42 gar nicht gemeldet und bleiben deshalb während der ganzen Verhandlung von den Sitzungen ausgeschlossen. Schon diese kleine Einzelheit zeigt, wie sehr die Spannung des Prozesses nachgelassen hat, denn noch vor einem halben Jahre hätte jeder Parlamentarier alles darum gegeben, um dabei sein zu können. Jetzt, nach dem Friedensschluß, in stillerer Luft, erwartet und fürchtet man von dem Prozeß keine Explosion und Erschütterungen des Staatsbodens, man fürchtet nur seine Langeweile. Was natürlich nicht ausschließt, daß die große Sensation nun erst recht kommt und wider alles Erwarten; bei den Franzosen kann man nichts für den nächsten Tag voraussagen, nicht einmal für die nächste Stunde.

Auch sonst sieht die ganze politische Staffage der Sache jetzt einfacher aus und man begreift nun, warum die Verteidigung bestrebt war, die Untersuchung immer weiter in die Länge zu ziehen. Poincaré wirkt nicht mehr im Elyséepalast, der (siehe die Briefe des Prinzen Sixtus) für die geheime Intrigue so bequeme Hintertreppen hat; er sitzt als Senator mitten unter den anderen und muß offen Farbe bekennen, was nie nach seinem Geschmacke war. Clemenceau hält Zwiegespräche mit der Sphinx der Wüste. Und statt des alten boshaften Dubost wird der edle, milde Bourgeois den Prozeß leiten, was übrigens vielleicht die ungeheuerlichste Aufgabe ist, die je einem Parlamentarier zufiel. Auch sitzen jetzt im Senat einige handfeste Sozialisten, die bereits aller Welt erklärt haben, daß sie sich nicht den Mund verbieten lassen werden.

So glaubt man denn in Paris jetzt und für eine Weile, daß die Lage des Angeklagten etwas günstiger ist. Um die Kugeln von Vincennes, die ihm bei einer Verhandlung während des Krieges sicher gewesen wären, kommt er jetzt vielleicht herum. Aber auch ein Freispruch bleibt immerhin zweifelhaft, erstens weil der Senat noch niemanden freigesprochen hat, dann aber, weil es in dem Dossier der Anklage Dinge gibt, die für französische Richter nun einmal bedenklich aussehen.

Es hat sich herausgestellt, daß das berühmte sogenannte Rubicon-Schriftstück nicht ein prinzipieller, rein theoretischer Entwurf der Verfassungsänderung ist, wie jeder Politiker es durchdenkt und ausarbeitet, nein, es ist das Projekt eines politischen Umsturzes, der, mit bereits sorgsam verteilten Rollen, zu gegebenem Augenblick ausgeführt werden sollte. Caillaux hat das Dokument unter falschem Namen in einer italienischen Stahlkammer eingeschlossen, wo es auf die günstige Stunde warten sollte. Das erscheint natürlich bedenklich. Auf dieses schwierige Thema der Anklage spielte Caillaux offenbar an, als er vor einiger Zeit dem Untersuchungsrichter erklärte, man könne ihm kein bewußt ausgeführtes Vergehen, höchstens einen gewissen Leichtsinn vorwerfen; eine Erklärung, die von seinen Gegnern als der Beginn des Geständnisses ausgelegt wurde.

Auch auf seine Beziehungen zu den beiden Lenoirs wird Caillaux klare Auskunft geben müssen. Daß die Herrschaften Lenoirs, Vater und Sohn, verbrecherische Beziehungen zu den damaligen Feinden unterhalten haben, daß der junge Lenoir im März 1915 mit dem deutschen Gesandten in Bern über den Ankauf Pariser großer Redaktionen durch Deutschland unterhandelte, daran läßt sich nicht mehr zweifeln, und es wäre ebenso überflüssig wie töricht, so etwas immer noch zu verschweigen. Die fatale Tatsache ist jetzt eben wieder durch einige „ganz geheime" deutsche Schriftstücke erwiesen worden, die von den Franzosen in Straßburg gefunden und durch den „Matin" veröffentlicht wurden. Die beiden Lenoirs waren Verräter, der junge ist zu vollem Recht in Vincennes erschossen worden, und der Vater ist diesem Schicksal nur dadurch entgangen, daß er klug genug war, vorher zu sterben.

Nun sollen aber vor dem Kriege die Lenoirs lange Zeit die politischen Agenten Caillaux' gewesen, für ihn im Ausland gereist sein und sie sollen ihm in seinen innerpolitischen Kämpfen gegen de Selves und Poincaré geholfen haben. Auch das soll durch ein deutsches Dokument bewiesen werden, nämlich einen Brief des Freiherrn v. Landen, in dem dieser Diplomat unter anderm mitteilt, Lenoir, der Agent Caillaux', habe auch ihm seine Dienste angeboten, sei aber „leider etwas teuer". Und nun kommt alles darauf an, klar zu machen, wie weit die Lenoirs sich ihres Einflusses auf Caillaux zu Unrecht rühmten, wie weit Herr Caillaux während des Krieges mit den Lenoirs in Verbindung stand und ob er um jene Berner Verhandlungen mit den Deutschen gewußt hat. Auf diesen Punkt werden der Staatsanwalt Lescouvé und sein Assistent, der fanatische und gefährliche Hauptmann Mornet ihre heftigsten Angriffe richten, hier wird Caillaux seine Position am eindringlichsten zu verteidigen haben.

Das sind zwei Punkte, herausgegriffen aus fünfzig Anklagepunkten, zu denen über siebentausend Beweisstücke und Anklagen bereitstehen. An diese Gegenstände rein krimineller und polizeilicher Art schließt sich dann die politische Anklage, auf die man, ebenso wie bei Malvy, den Prozeß und das Urteil abschieben wird, wenn Caillaux für die Verratssachen seine Unschuld beweisen kann. Die Anklageschrift wirft dem ehemaligen Ministerpräsidenten seine versöhnliche Politik vor, das Unterhandeln mit Deutschland, die Hergabe französischen Kolonialterritoriums. Daß er durch dieses Verhandeln Frankreich um Marokko bereicherte und vor dem Kriege bewahrte, das zieht heute nicht mehr, denn jetzt lebt man in einer Zeit, in der so etwas einfacher gehandhabt wird. Heute hat man sich daran gewöhnt, daß deutsche Unterhändler durch eine Seitentür hereingeführt werden und schweigend einen Vertrag unterzeichnen müssen, und deshalb erscheint heute jeder, der einmal mit Deutschen freundlich, von gleich zu gleich verhandelt hat, als verdächtig. Auch wird ihm vorgeworfen, daß er, ohne seine Ministerkollegen zu fragen, geheim mit fremden Diplomaten Beziehungen hatte; das haben selbstverständlich Poincaré und Barthou geradeso gemacht, und der einzige Unterschied ist der, daß Caillaux auf der Anklagebank sitzt und sie nicht.

Diesem kann es nur angenehm sein, wenn wirklich die Debatte sich auf diese Gebiete der Geschichte verläuft. Er gedenkt sich darauf zu berufen, daß seine friedliche Politik, die Resultate der marokkanischen Abmachung von beiden Kammern, auch von dem Senat, den damals Clemenceau beherrschte, in feierlichen Sitzungen bestätigt worden sind, und daß jenes Dokument, das die Kongosümpfe an Deutschland abtritt, nicht seinen, sondern den Namen seines Amtsnachfolgers Poincaré trägt. Wenn die Friedenspolitik des Jahres 1911, die ihm heute alle mutigen Draufgänger vorwerfen, wirklich so staatsgefährlich gewesen wäre, so hätten Senat und Abgeordnete sie ja, nur nicht ratifizieren, sie hätten den verräterischen Vertrag nur zurückschicken müssen; was sie sehr klüglich unterließen, und zwar aus demselben Motiv, das Caillaux leitete, nämlich um das wehrlose Frankreich vor einem Krieg mit Deutschland zu bewahren. Das einzige, was dem Angeklagten politisch ernsthaft vorgeworfen werden kann, ist die ungesetzmäßige Ausschaltung des Außenministers de Selves während dieser Unterhandlungen, die Briefe, die er über den Kopf der verantwortlichen und zuständigen Stelle hinweg an den Berliner Cambon richtete. Wegen dieses Verstoßes ist Caillaux damals gestürzt — oder vielmehr: er zog sich halb gezwungen, halb freiwillig zurück —, aber er ist dadurch so wenig diskreditiert worden, daß, wie wir jetzt erfahren, Poincaré ihm im Jahre 1913 nach dem Sturz Briands das Ministerpräsidium anbieten wollte.

Ueber diese politischen Vorgänge und ihre Hintergründe, vielleicht auch über manches, wovon nie gesprochen wurde, obgleich es alle wissen, könnte die Verhandlung, die Frankreich bis in den Juli beschäftigen soll, Aufschluß bringen. Sehr viel Illusionen macht man sich, wie gesagt, nicht, sondern vermutet eher, daß die allzu umfangreiche Sache nach den ersten Sitzungen im Sande verlaufen wird. Doch sei daran erinnert, daß der eine Verteidiger Caillaux' Herr Moro de Giafferri ist, der es liebt, mit dem Scheinwerfer zu arbeiten. Dieser temperamentvolle Advokat hat vor einigen Monaten seinen Klienten Charles Humbert durch eine alles umwerfende Enthüllung gerettet, durch den Nachweis nämlich, daß Herr Poincaré, Präsident der französischen Republik, in einem offiziellen Schriftstück ein ihm unbequemes Datum „korrigiert" hatte.

Die mondaine Frau.

Wohl wahr: es ist das Künftige
Nicht immer das Vernünftige,
Jedoch es macht sich meistens gut,
Wenn jemand Dummes als Erster tut
Und schnell verbreitet sich's im Land,
Sobald es den Beifall von Frauen fand.

Denn wisse, die mondaine Frau
Hat dieses zur Richtschnur sich genommen:
Heut' freut sie das Gegenteil genau
Von dem, was gestern ihr Freude gemacht,
Und Neueres gilt unbedacht,
Der Neuheit wegen, als willkommen.

Es macht sich, wie gesagt, meist gut,
Wenn jemand Dummes als Erster tut,
So werden Künste und Moden gestiftet,
Damit sich die beste Freundin
giftet.